

Demokratisches Exempel?

Autor(en): **Uffer, Leza M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **77 (1990)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-529435>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kein schulfreier Samstag im Kanton Schaffhausen

In den Schulen des Kantons Schaffhausen wird es keine Versuche mit der Fünftageswoche geben. Der Grosse Rat hat die Motion eines SVP-Kantonsrats mit 65–7 Stimmen nicht erheblich erklärt.

In der Gleichstellung der Schul- mit der Arbeitswelt sah der Motionär speziell eine Chance für das Familienleben. Für die Gegner des Vorstosses wog der befürchtete zusätzliche Stress der Schüler schwerer. Eine SP-Grossrätin verwies auf die Untersuchung des Schulinspektors, nach der ein Drittel aller Schüler bereits jetzt auf Stützunterricht angewiesen ist.

Erziehungsdirektor Ernst Leu begründete den ablehnenden Standpunkt der Regierung mit einer Anfang 1988 bei Eltern, Lehrern und Schulärzten durchgeführten Umfrage.

Baselland

Baselbieter Kreditantrag für Frühfranzösisch

Der Baselbieter Regierungsrat hat dem Landrat einen Verpflichtungskredit von 2,8 Mio. Franken für das Einführungsprojekt Französischunterricht in den 4. und 5. Primarklassen beantragt. In das Kreditbegehren eingeschlossen ist auch die entsprechende Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Der Kredit untersteht dem fakultativen Finanzreferendum.

 **145 Jahre Tradition
im Schweizer Klavierbau.**

Wir bauen für jeden Pianisten, -
ob klassisch oder modern, nach
seinem Geschmack und seinen
Wünschen ein auf ihn zuge-
schnittenes Spitzeninstrument.

Fragen Sie den Fachmann
Tel. 071/42 17 42

 **Sabel**

**PIANOFABRIK
SABEL AG
Rorschach/Schweiz**



Schlaglicht

Demokratisches Exempel?

Die Stimmbevölkerung der Stadt Luzern will keine neue Schulreform. Mit 11201 Nein zu 8476 Ja lehnte sie die Vorlage für eine integrierte Tagesschule ab. Somit kann die Schule für 60 Kinder, die als Pilotprojekt gedacht war, im Pestalozzi-Schulhaus nicht eingerichtet werden.

Das Volk habe mit seinem Entscheid Mündigkeit bewiesen, kommentierte eine von diesem Ausgang erfreute Politikerin, die sich gegen die Tagesschulvorlage eingesetzt hat (sie war für den Ausbau der Horte und für eine Blockzeit-Regelung), indem es (das Volk) der Schülerbetreuung den Vorrang gegeben habe und nicht einem Schulexperiment für ein paar wenige.

Schülerbetreuung also für alle? frage ich mich. Und gleich beginne ich mich über die allzu simple Gestaltung unseres politischen Abstimmungsinstrumentariums zu ärgern. Es hat ja niemand eine Tagesschule für alle verlangt. Aber es wird auf der anderen Seite so argumentiert, als ob alle unter der Einführung der Tagesschule zu leiden hätten. Richtig, vom Geld ist natürlich nicht die Rede gewesen, ging es doch allein um Pädagogik! So wird eine Minderheit, die für sich eine ihren Bedürfnissen gerecht werdende Alternative verlangt, von einer im Extremfall ganz knappen Mehrheit, zu einer allgemeinen Lösung gezwungen, die für diese Mehrheit gar nie auf dem Spiel gestanden hat.

Wir wissen, dass unser Ja-Nein-Verfahren, das eigentlich nur für simple Entscheidungsfragen taugt (Armee ja oder nein...), schon durch das doppelte Nein bei Gegenvorschlägen, dem Veränderungswillen den Status quo vorzieht. Ich meine, man müsste auch darüber nachdenken, wie durch formale Verfahren mehr Demokratie und mehr Minderheitenschutz zu erreichen wären. Denn eine pluralistische Gesellschaft verlangt nach einem Staat, der mit den unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen besser zu Rande kommt. Dann könnte das Volk auch den Politikern gelegentlich die politische Reife zusprechen (falls es nicht lieber auf solches Geschwafel verzichten will).

Leza M. Uffer